

SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 Wissen - Manuskriptdienst

Dreiste Drahtzieher?
Lobbyisten als „fünfte Gewalt“

Autorin: Christiane Praetorius
Redaktion: Anja Brockert
Regie: Felicitas Ott
Sendung: Freitag, 23. April 2010, 8.30 – 9.00 Uhr

Bitte beachten Sie:

*Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt.
Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen
Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.*

*Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula
(Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in
Baden-Baden für 12,50 € erhältlich.
Bestellmöglichkeiten: 07221/929-6030*

Kennen Sie schon das neue Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

*Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen
Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen.
Mit dem kostenlosen Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die
zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert.
Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de*

*SWR 2 Wissen können Sie ab sofort auch als Live-Stream hören im SWR 2
Webradio unter www.swr2.de oder als Podcast nachhören:
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>*

Besetzung:
Erzählerin
Zitatorin
Zitator

Atmo:

Hotelloobby

Zitator:

„La confédération des industries agro-alimentaire“ lädt ein zur Lunch-Debatte.

Zitatorin:

Der Bundesverband deutscher Banken bittet zum informellen Abendessen.

Zitator:

„The European Milkboard“ veranstaltet einen Parlamentarischen Abend mit Musik.

Erzählerin:

Mit bis zu 30 Einladungen pro Tag werben Interessenvertreter jeglicher Couleur bei Abgeordneten des EU-Parlaments in Brüssel, sich doch bitte für ihre Sache stark zu machen.

O-Ton – Sabine Wils:

Das ist ein erheblicher Druck, der auf uns Abgeordnete ausgeübt wird, wir kriegen eine Menge Anrufe, ich traue mich schon gar nicht mehr ans Telefon zu gehen, weil ich dann auch nicht unhöflich sein möchte. Ich habe auch keine Zeit, mir das alles anzuhören, und meine Assistentin hat eine Menge damit zu tun, das alles abzuwimmeln.

Ansage:

Dreiste Drahtzieher? Lobbyismus als „fünfte Gewalt“. Eine Sendung von Christiane Praetorius.

Atmo:

Küche

Erzählerin:

Beginnen wir die Geschichte aber nicht bei den Europa-Parlamentariern in Brüssel, sondern in Deutschland, in Lahr. In einem Anfänger-Kurs der Volkshochschule lernen 12 Frauen und Männer kochen. Dick werden will hier niemand. Deshalb erfahren die Hobbyköche auch Grundlegendes über gesunde Ernährung, während sie leckere Kabeljaufilets in Parmesankruste brutzeln. Beim Einkaufen allerdings ist es nicht immer ganz leicht, die Nährwertangaben auf Lebensmittelpackungen zu verstehen. Kursleiterin Petra Harms plädiert deshalb für die sogenannte Ampelkennzeichnung: farbig unterlegte Nährwertmengen – rot, gelb, grün – so dass man beim Symbol „rot“ zum Beispiel Dickmacher auf Anhieb erkennt.

O-Ton – Petra Harms:

Wichtig wär', dass einfach die Fette, wo viel versteckte Fette sind, sei es in diesen Fertigprodukten – es gibt ja auch schon fertig gebratene Sachen, z. B. Hähnchenschlegel fix und fertig oder Gemüse, wo noch ein dickes Stück Butter mit drin ist –, dass man da dann wirklich schreibt: so und so viel Fettanteil, dass das hervorgehoben wird.

Erzählerin:

Tatsächlich soll ein neues EU-Gesetz den Konsumenten, vor allem Millionen Übergewichtigen, dabei helfen, Nährwertangaben im Supermarkt künftig besser zu verstehen. Doch hinter den Kulissen tobt ein zäher Lobbyisten-Kampf: Ärzteverbände, Krankenkassen und Verbraucherschützer finden die Ampelkennzeichnung gut, Lebensmittelhersteller hingegen laufen Sturm: Sie befürchten Absatzeinbußen. Und so kontert die Industrie mit einem eigenen Symbol, das Nährwerte je „Portion“ anzeigt. Das irritiert – isst doch ein Kleinkind andere Mengen als der Papa.

Deutschlands Nahrungsmittelbranche ist schlagkräftig organisiert, im „Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde“, kurz BLL. Und politisch gut vernetzt – in Brüssel wie in Berlin. Das bekam 2009 auch die Deutsche Gesellschaft für Ernährung zu spüren. Sie wollte empfehlen, Geschmacksverstärker, künstliche Aromen, Süßstoffe, Schmelzkäse und Mayonnaise aus der Verpflegung für Kindertagesstätten zu verbannen. Der BLL intervenierte bei der Gesellschaft für Ernährung und ihrem Geldgeber, dem Bundesministerium für Ernährung. Mit Erfolg: Die Negativliste wurde gekippt.

Atmo:

Fabrikgeräusche

Erzählerin:

Szenenwechsel: Die Werkshalle von ARKU-Maschinenbau in Baden-Baden. Der Mittelständler liefert computergesteuerte Blechbearbeitungsmaschinen in alle Welt. Letzte Tests – gleich wird so ein High-Tech-Wunder das Werk verlassen.

O-Ton – Albert Reiss:

Wir haben einen Rückgang des Auftragseingangs in 2009 gegenüber 2008 von ca. 35 Prozent zu verkraften. Das hört sich jetzt natürlich nicht gerade glimpflich an, aber die Branche Werkzeugmaschinen hat in Deutschland einen Rückgang von über 60 Prozent zu verkraften.

Erzählerin:

Sagt Albert Reiss, der Chef. Mühsam rappeln sich gesunde Firmen wie ARKU aus dem Konjunkturabsturz hoch, in den sie das Bankendebakel gerissen hatte. Allein in der EU hat das historische Tief vier Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Und nicht nur mit ihren Steuergeldern zahlen die Bürger die Zeche der Zocker, sondern auch mit saftigen Einkommensverlusten: Erstmals in der Bundesrepublik sanken 2009 die Bruttoeinkommen – hauptsächlich wegen Kurzarbeit.

Dass die Finanzindustrie die Konjunktur abstürzen lässt, dass Spekulanten und Banken sich auf Dauer mit Steuergeldern schadlos halten, das sollen EU-Gesetze künftig verhindern. Doch bisher haben Branchen-Lobbyisten die EU fest im Griff. Sie schießen gegen harte Regeln und zeichnen Schreckensszenarien von Arbeitsplatzverlusten und Steuerausfällen. Man könne sich ja nach Fernost absetzen. Die Finanztransaktions-Steuer auf Spekulationsgewinne? Abgeschmettert. Obwohl sie exzessive Jongleure bremsen könnte und – anders als die geplante Banken-Steuer – viel Geld in leere Staatskassen spülen würde.

Markus Ferber kennt viele Akteure des Geldgewerbes. Der Elektro-Ingenieur aus Augsburg sitzt als Europa-Abgeordneter für die CSU im Wirtschaftsausschuss.

O-Ton – Markus Ferber:

Natürlich ist die Finanzmarktgesetzgebung die wichtigste Gesetzgebung, und deswegen sind die Mitglieder der Interessenverbände stark daran interessiert, die Mitglieder des zuständigen Ausschusses, des Wirtschaftsausschusses zu treffen, kennen zu lernen, und deshalb bedeutet das, dass unmittelbar nach der Wahl zum Europäischen Parlament und der Besetzung der Ausschüsse mein Büro überrannt wurde mit Terminanfragen zu Gesprächen mit allen, die irgendwie mit Finanzmarktregulierung als Betroffene zu tun haben, seien es Banken, seien es Versicherungen, seien es Verbände – nicht nur deutsche, sondern aus allen Teilen der Europäischen Union. Und es ist dann die Aufgabe des Abgeordneten zu entscheiden: a) mit wem trifft man sich? Und b) wie viel Zeit stellt man da überhaupt zur Verfügung, weil Sie das gar nicht leisten könnten, alle Anfragen auch abzuarbeiten.

Erzählerin:

Von weit über 100 Lobbyisten hat CSU-Politiker Ferber etwa 30 empfangen. Er hält aber, wie er sagt, kritische Distanz. So hält es auch sein Kollege Udo Bullmann, der für die SPD im EU-Wirtschaftsausschuss sitzt:

O-Ton – Udo Bullmann:

Bei der Finanzmarktgesetzgebung ist der private Lobbydruck enorm. Das ist ganz sicher so. Da gibt es aber nicht nur Unternehmenszweige und einzelne Branchen, die Interessen haben, es gibt auch Finanzstandorte, die Interessen haben. Und wenn der Bürgermeister von London hier auftaucht als konservativer Tory-Politiker und wir wissen, dass seine Wahlkampagne hochgradig auch von Hedge-Fonds und Private Equity-Unternehmen finanziert worden ist, dann weiß ich, wen ich vor mir habe, aber ich muss ihn nicht treffen.

Erzählerin:

Ob Finanzmarkt-Regeln oder Verbraucherschutz – längst hat bei den meisten unserer Gesetze Brüssel die Finger im Spiel. Und immer gilt Europa-Recht gleich für 500 Millionen Menschen, was bedeutet: Es geht um sehr viel Geld – die Herausforderung für Lobbyisten.

So lancierten Erzeuger von Pflanzenkraftstoff höchst erfolgreich und über Jahre hinweg Kampagnen für „umweltfreundlichen“ Bio-Sprit. Schon wollte die EU-Kommission europaweit einen Marktanteil von 10 Prozent für den „grünen Sprit“ etwa aus Soja oder Raps vorschreiben – da explodierten die Nahrungsmittelpreise in den Erzeugerländern. Erst jetzt drangen Kritiker, die z. B. auf die Folgen der Monokulturen aufmerksam machten, in Brüssel erfolgreich durch. Und derzeit beharken sich Interessengruppen wegen der „Ampel“ für Lebensmitteletiketten.

Atmo:

Applaus / „...die köstlichsten Sachen der Welt ... ja ich seh's schon, ja ...“

Erzählerin:

Acht Uhr morgens im Restaurant des Europäischen Parlaments in Brüssel. In einen der Salons haben Deutschlands Konditoren Abgeordnete aller Fraktionen zu einem verführerisch süßen Frühstück gebeten. Torten, Pralinen, Petit Fours türmen sich auf den Tischen.

Für ihre handgemachten Backwaren und Confiserien lehnen Europas Konditoren jegliche Kennzeichnungspflicht ab: zu bürokratisch, einfach nicht machbar sei es, jede Kekstüte exakt zu deklarieren. Denn mal sei z. B. etwas weniger Butter im Keks, mal der Schokoüberzug dicker.

Mit dabei: Ludger Fischer. Der promovierte Jurist vertritt zusammen mit einer Handvoll Kollegen in Brüssel die Interessen der Konditoren – und die von 12 Millionen Klein- und Mittelbetrieben in Europa mit insgesamt etwa 50 Millionen Beschäftigten.

O-Ton – Ludger Fischer:

Lobbyarbeit bedeutet in Brüssel nicht, Leute am Ärmel zu zupfen und zu sagen: Wir haben hier auch was zu sagen, und denen in irgendeiner Weise auf den Wecker zu gehen. Die Kommission hat die Verpflichtung, die beteiligten Gruppen, für die ein Gesetz von Belang wäre, zu fragen oder in eine Konsultation einzubeziehen. Deshalb sitzt unser Verband an allen Kommissionsarbeitsgruppensitzungen mit am Tisch und wird zu jedem einzelnen Gesetzesentwurf befragt – und wir müssen befragt werden! Und die Kommission ist normalerweise auch sehr froh darüber, von uns die Meinung der Kleinbetriebe aus Europa gesammelt zu bekommen.

Atmo:

Tippen am Computer

Zitatorin:

Die CIAA bittet die Mitglieder des Ausschusses, die Änderungsanträge 427 und 435 zu unterstützen und die Änderungsanträge 431 und 439 abzulehnen.

Erzählerin:

Per Mail und bis ins Detail genau instruiert ein paar Tage später der Verband Europäischer Lebensmittel-Produzenten CIAA die Mitglieder im zuständigen EU-Ausschuss, doch bitte für das Portions-Symbol und gegen die Ampelkennzeichnung zu stimmen. Und tatsächlich: der Ausschuss schaltet die Ampel aus – mit einer Stimme Mehrheit. Vorerst. Denn im Mai 2010 stimmt dann das ganze EU-Parlament ab. Das Gezerre geht also weiter.

Prinzipiell sind „Handreichungen“ von professionellen Informanten willkommen: Bei der erdrückenden Masse an Themen und ihrer Komplexität kann kein Abgeordneter auf jedem Gebiet firm sein. Das ist die Chance für Strippenzieher. Als Souffleure der Macht lancieren sie mitunter sogar Änderungsanträge in Gesetzesvorlagen – Wort für Wort.

„Glänzend informiert“ – den knackigen Werbe-Slogan zum Portionen-Symbol auf Lebensmittelpackungen liefern Konzerne den Politikern frei Haus. Dazu griffige Argumente wie: die Ampel „bevormunde“ Verbraucher, weil „rot“ signalisiere: Finger weg. All das findet man zum Teil wortgetreu in Reden und Schriften liberaler und konservativer Streiter des EU-Parlaments wieder. Und die Pro-Ampel-Lobby? Sie bringt Europas Kinderärzte in Stellung – mit einem schriftlichen Appell an die Abgeordneten.

Rund 15.000 Lobbyisten arbeiten in Brüssel – etwa 20 kommen so auf jeden der rund 750 Abgeordneten. In Berlin stehen circa 4.500 dieser Profis 622 Parlamentariern gegenüber. Die Bürgerinitiative „Lobby Control“ fordert in beiden Hauptstädten, dass interessierte Bürger endlich nachlesen können sollen, wer mit wie viel Geld und für welche Kundschaft die Politik für sich zu gewinnen sucht. In Berlin sperren sich nur CDU und FDP dagegen. Nina Katzemich von „Lobby Control“:

O-Ton – Nina Katzemich:

Wir wollen mit allen Parteien noch einmal sprechen, wir wollen gerne auch mit FDP und CDU noch einmal konkret darüber sprechen, was wir uns vorstellen und hoffen, dass dann vielleicht doch noch Interesse entsteht.

Erzählerin:

Politische Mausecheln wird es immer geben. Und wer bestechlich ist, der wird sich auch bestechen lassen. Nur Transparenz ermöglicht aber öffentlichen Druck gegen dreiste Drahtzieher in der Politik. Brüssel hat ein Register aufgelegt, in das sich Lobbyisten freiwillig eintragen lassen können – doch 60 Prozent der Adressaten ignorieren es. Ludger Fischer, Lobbyist der europäischen Kleinbetriebe, diskutiert oft mit Kommissionsbeamten, wie sich neue Gesetze für seine Klientel auswirken könnten – in vier Fremdsprachen. Überhaupt laufe in Brüssel einiges anders als Berlin, so Fischer:

O-Ton – Ludger Fischer:

Der Unterschied ist der, dass Kommissionsmitarbeiter über jeden Kontakt mit Interessengruppen oder auch Lobbyverbänden Rechenschaft ablegen müssen und darüber auch eine Dokumentation anlegen müssen, damit nicht hinter verschlossenen Türen irgendwelche Entscheidungen oder Einflussnahmen stattfinden. Das merkt man auch einfach daran, dass bei Gesprächen mit Kommissionsmitarbeitern die Türen der sehr, sehr kleinen Büros nicht nur aus Luftgründen offen bleiben, sondern damit jeder weiß, wer da drin war und was da möglicher Weise gesprochen wurde. Man verhandelt nicht geheim, man verhandelt immer mit offenem Visier.

Erzählerin:

Offen zeigt sich auch die Europa-Abgeordnete Sabine Wils von den Linken. Als wir sie bitten, beim einen oder anderen Lobbyisten-Gespräch dabei sein zu dürfen, willigt sie sofort ein. Doch sowohl der Interessenvertreter eines Limonade-Multis als auch der Repräsentant einer internationalen Handelskette rudern diplomatisch zurück – sie wollen keine Journalisten dabei haben. Das missfällt Sabine Wils, sie sagt die Termine ab.

Die Hamburgerin Sabine Wils, Diplom-Chemikerin und gelernte Hebamme, sitzt im EU-Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Lässt sich aus Gesetzesentwürfen überhaupt herauslesen, welche Lobbyisten hinter den Kulissen daran mitgestrickt haben, z. B. bei der neuen Lebensmittel-Kennzeichnung?

O-Ton – Sabine Wils:

Die Vorlagen, die von der Kommission kommen, sind ja immer sehr blumig geschrieben. Wir nennen das ‚EU-Sprech‘, und da ist schwer zu durchschauen, welche Interessen da wirklich verfolgt werden, sondern es wird dann eher von

Verbraucherinnenschutz, von Gesundheitsschutz, von sozialem Schutz usw. geredet. Und das ist dann vielleicht gar nicht verpackt in dieser ganzen Sache.

Erzählerin:

Gegen Profi-Lobbyisten wie internationale Industrieverbände und Konzerne haben es kleine, unabhängige Organisationen schwer. Die Verbraucherinitiative „Foodwatch“ in Berlin zum Beispiel ist finanziell eher klamm. Nur ab und zu leistet man sich Reisen zu den EU-Abgeordneten.

O-Ton – Martin Rücker:

Da sind wir dann wirklich aus allen Wolken gefallen, als wir dann mitten im Parlamentsgebäude einen Stand des Spitzenverbandes der europäischen Lebensmittelindustrie vorgefunden haben, also einen Informationsstand, mit dem Lobbyarbeit gemacht wurde gegen die Ampelkennzeichnung, für das Industriemodell. Das sind Möglichkeiten, mit denen kleine NGOs kaum mithalten können. Dort waren vielleicht zehn Personen, die in mehreren Sprachen fließend alle Informationen zum Thema Nährwertkennzeichnung weiter geben konnten – aus Sicht der Industrie natürlich: Vertreter der nationalen Verbände, des europäischen Dachverbandes und von Großkonzernen wie Coca Cola. Die hatten dort so viele Leute am Stand wie für Foodwatch insgesamt arbeiten. Da sieht man, wie unterschiedlich diese Kräfteverhältnisse sind.

Erzählerin:

Sagt Martin Rücker von ‚Foodwatch‘. Der große Auftritt im Parlamentsgebäude, das allen Lobby-Gruppen offen steht, bleibt für die Berliner wohl vorerst ein Traum. Kleine, über den ganzen Kontinent verstreute Nichtregierungsorganisationen schließen sich oft zu Projekten zusammen, um schlagkräftiger zu sein. Die Organisation „World economy, ecology and development“, kurz „WEED“, in Berlin zum Beispiel kümmert sich im Verbund mit mehreren Initiativen um Globalisierung, Wirtschaft und Ökologie. Immerhin stellt die EU-Kommission neue Gesetzesentwürfe mittlerweile ins Internet, so auch zur Finanzmarktregulierung. Sehr hilfreich, findet Peter Wahl von WEED:

O-Ton – Peter Wahl:

Wir lesen die, dann schreiben wir einen Kommentar dazu, kritisch, aber auch da, wo wir denken, dass etwas richtig ist, sagen wir das auch, und eine solche Stellungnahme schicken wir dann an die Kommission, und wenn es dann ein Hearing gibt, dann werden wir unsere Position auch mündlich äußern. Es gibt jetzt eine dritte, ganz neue Stufe, nämlich dass die Kommission ein stehendes Gremium einrichtet zur Beratung in Finanzmarktfragen, das offen ist für externe Experten, und da werden wir vorschlagen, dass wir Mitglied in einem solchen Expertengremium werden. Und wir vermuten, dass die Kommission das akzeptiert, und dann werden wir regelmäßig in dieser Kommission beratend mitarbeiten.

Erzählerin:

Es könnte also ein Anfang sein, sich auch vielfältigeren und weniger mächtigen Lobby-Gruppen stärker zu öffnen.

Keine Frage: Nicht nur das Parlament, auch die Kommission braucht Expertise. Doch sie stelle ihre Spezialisten-Teams zu einseitig zusammen, moniert „Alter EU“, ein internationales Netzwerk lobby-kritischer Bürgerinitiativen in Brüssel. Sie fanden in

einer Studie heraus: In zwei von drei der untersuchten Gremien überwiegen Industrievertreter. Und das ist das Kernproblem: Das Gesetzes-Prozedere grenzt den Sachverstand kleinerer, zivilgesellschaftlicher Interessengruppen zu stark aus. Ein Demokratie-Defizit, denn Lobbyismus sollte ein möglichst vielfältiges Spektrum abdecken. Der Mainzer Politikwissenschaftler Gerd Mielke:

O-Ton – Gerd Mielke:

Das muss man auch immer gleich vorab sagen, dass gerade in Deutschland oft so ein falsches Verständnis überwiegt, wonach der Staat oder die Politik gewissermaßen über den Interessen steht und abgehoben von ihr weise Entscheidungen fällt. Das ist natürlich ein Ammenmärchen. In Wirklichkeit ist der Lobbyismus untrennbar verbunden mit einer pluralistischen, in sich gegliederten, interessenvielfältigen Gesellschaft, und da ist es völlig legitim, dass auf die Politik diese Interessen einwirken.

Erzählerin:

Und weil das so ist, reicht es nicht, nur Lobbyisten zu registrieren. Auch bei den Nebenjobs unserer Volksvertreter sollte das Wahlvolk schärfer hinsehen, meint „Lobby Control“. Zum Beispiel bei EU-Parlamentariern. Der CDU-Abgeordnete Elmar Brok etwa steht seit Jahrzehnten als Top-Manager im Sold des Bertelsmann-Konzerns. Zwar müssen Parlaments-Mitglieder inzwischen alle Tätigkeiten auflisten. Aber, so Nina Katzemich von „Lobby Control“:

O-Ton – Nina Katzemich:

Sie müssen aber gar keine Gehaltsstufen angeben, das ist freiwillig. Wir sehen wirklich viele Nebentätigkeiten, wo eindeutig ist, dass die zweite Tätigkeit eine Lobbytätigkeit ist. Was fehlt in Brüssel ist eben auch die öffentliche Empörung, weil es so weit weg ist von den Bürgern, dass sie es oft gar nicht mitbekommen.

Erzählerin:

Ein Blick ins Internet genügt: Da gibt es EU-Abgeordnete, die nebenher als Aufsichtsräte, als „Beiräte“ oder als „Beauftragte“ von fünf oder gar zehn Firmen bzw. Interessenverbänden fungieren. Der CDU-Parlamentarier Klaus Heiner Lehne zum Beispiel. Er ist zudem als Anwalt Spezialist für Europa-Recht und hat somit zumindest eine – wie es so schön heißt – „Zierleistenfunktion“ für seine Kanzlei in Düsseldorf.

Und auch Bundespolitiker sind schon ins Gerede gekommen. Manche hatten Dienste außerhalb ihres Mandats zunächst nicht publiziert. Jürgen Trittin von Grünen z. B. musste seine Mitgliedschaft im Kuratorium der Stiftung „Initiative Mehrweg“ nachmelden – auch Ehrenämter soll der Wähler kennen.

O-Ton – Nina Katzemich:

Es ist schön, dass es überhaupt mal Regeln gibt, auch viel mehr als früher, aber es ist dennoch unzureichend. Die Stufen, in denen Abgeordnete ihre Nebentätigkeiten angeben müssen, sind viel zu grob und enden bei 7.000 Euro, sowohl im Monat als auch im Jahr, da gibt es keine Unterscheidung. D. h. wer über 7.000 Euro im Jahr hat, gibt einfach Stufe 3 an, mehr erfahren wir nicht.

Erzählerin:

Der SPD-Politiker Johannes Kahrs, der im Verteidigungsausschuss sitzt, ist Mitglied in der Lobby-Organisation „Förderkreis Deutsches Heer“. Er hat auch schon Wahlkampfspenden der Rüstungsindustrie erhalten. Wie der „Spiegel“ berichtete, soll Kahrs 2009 dabei geholfen haben, den Kauf sicherer Patrouillen-Fahrzeuge zum eilig gebotenen Schutz der Soldaten in Afghanistan hinauszuzögern, damit auch die deutsche Rüstungsindustrie den Zuschlag bekam und nicht nur die schnellere Schweizer Konkurrenz.

Atmo:

Sitzung EU-Parlament

Erzählerin:

Wenn im Mai das EU-Parlament endgültig über Etiketten auf Lebensmittelpackungen abstimmt, dann ist auch Berlin gefragt. Denn das Besondere an Gesetzen für die Gemeinschaft ist: Nicht nur das Europäische Parlament allein darf votieren. Es müssen immer auch – je nach Sachgebiet – die Fachminister sämtlicher 27 Staaten grünes Licht geben, der sogenannte Ministerrat. Für Deutschland also Verbraucherministerin Ilse Aigner. Sie gilt nicht als Freundin der Ampel-Kennzeichnung. Wie aber raufen sich 27 Minister zusammen, denen in 27 Ländern Hunderte Lobbyisten einheizen? Das Gerangel bleibt im Dunkeln. Ähnlich wird es wohl laufen, wenn am Jahresende Minister Wolfgang Schäuble mit EU-Kollegen über neue Finanzmarktgesetze befinden soll. Der Europa-Abgeordnete Udo Bullmann, SPD:

O-Ton – Udo Bullmann:

Deswegen will ich auch gerne wissen, wie eigentlich die Positionen zustande kommen, die im Ministerrat in nicht öffentlichen Sitzungen diskutiert werden. Warum können wir nicht härter umgehen mit Steueroasen beispielsweise. Wer hat ein Interesse daran, die Freiheit, die die Wirtschaft ruiniert, die Freiheit der Steueroasen, weiter aufrecht zu erhalten. Das will ich wissen! Und das muss ich als Abgeordneter hinterfragen. Deswegen sage ich sehr häufig: Die Wirtschaftsinteressen in Brüssel, die sind noch eher am Tageslicht als die Wirtschaftsinteressen in den Heimatstädten, die sehr viel verborgener agieren.

Erzählerin:

Von links bis konservativ – viele Mitglieder im EU-Ausschuss für Wirtschaft sind verärgert: Demokratie sieht anders aus.

O-Ton – Udo Bullmann:

Man könnte die Ministerratssitzungen öffentlich machen. Man kann in Ministerratssitzungen dafür sorgen, dass klar publiziert wird, wer was aus welchen Gründen blockiert. Hier müsste die Öffentlichkeit ein Interesse haben.

Erzählerin:

Auch der Bürgerfrust über „die da in Brüssel“ ist groß. Der promovierte Politologe und Abgeordnete Udo Bullmann sieht für den Lobbyismus neue Wege.

O-Ton – Udo Bullmann:

Ich halte eigentlich mehr davon, und die Kommission geht ja dazu über, das mehr und mehr zu machen, offene Konsultationsverfahren zu inszenieren, d. h. also mit Gesetzgebungen, die im Rohentwurf sich noch befinden, ins Internet zu gehen und

zu sagen, jeder, der eine Meinung haben möchte, soll doch innerhalb der nächsten acht oder zwölf Wochen seine Meinung dazu kund tun, damit man ein Forum hat, wo plural diskutiert werden kann, wo die betroffene Industrie sich melden kann, wo die auch jeweils sagen können: Wie sind wir betroffen von der geplanten Gesetzgebung, welche Einschätzungen haben wir über Vorteile und Nachteile und was sind notwendige Alternativen. Dann haben sie einen transparenten Ort, nämlich einen Internet-Platz, ein Forum, wo jeder auch in die Vorschläge schauen kann, wo jeder auch die Positionen der betroffenen Industrien nachvollziehen kann und vielleicht aus Verbrauchersicht oder aus gewerkschaftlicher Sicht ganz andere Vorschläge unterbreiten kann.

Erzählerin:

Transparenz ist wohlfeil, könnte man sagen, denn sie wird die ungleichen Machtverhältnisse zwischen globalen Wirtschaftsakteuren und Politik nicht revolutionieren. Vielleicht aber steckt im Internet doch ein gewisses demokratisches Potenzial. „Elektronische Konsultation“, kurz: e-Konsultation, zu Gesetzesvorhaben könnte helfen, die Kräfte zwischen mächtigen Lobbygruppen und Politik womöglich etwas gerechter auszubalancieren.

O-Ton – Udo Bullmann:

Der offene Markt hat in der Demokratie eine gute Tradition und er hat eine gute Chance. Ich glaube in der Tat, die Veröffentlichung von Interessen, die öffentliche Diskussion über Argumente ist der beste Schutz gegen die Privatisierung der Politik.

Erzählerin:

Auch bundesdeutsche Gesetzesentwürfe stehen schon im Internet. Doch noch reden fast nur etablierte Lobbygruppen mit – hinter den Kulissen wie eh und je. Hinsehen lohnt sich. Gesundheitsminister Philipp Rösler will billigere Medikamente? Die Frage ist, ob ihm die Pharmaindustrie mehr als nur Schein-Konzessionen machen wird. Schon Ulla Schmidt verhob sich dereinst an der Branchen-Lobby. Fast hätte die Ministerin 2001 einen Preisnachlass von 4 Prozent auf patentierte Medikamente durchgedrückt. Doch die Hersteller intervenierten beim Bundeskanzler. Mit einer Spende von 200 Millionen Euro für die Krankenkassen kam die Pharma-Lobby vergleichsweise billig davon – das Gesetz war vom Tisch.

Atomkraftwerke sollen länger laufen? Staatssekretär Gerald Hennenhöfer ist Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium. Zuvor hat er die Betreiber des Atommüll-Lagers Asse betreut – als Anwalt. Und managte dereinst als Generalbevollmächtigter die Energiepolitik beim Stromkonzern EON. Wie unbefangen kann so ein Spitzenbeamter Atom-Meiler beaufsichtigen, über Laufzeiten mitreden, an Gesetzen mitarbeiten?

Immerhin: Auch in Berlin wären e-Konsultationen für Gesetzesverfahren möglich. Rechtlich sind alle Weichen dafür gestellt. Die Ministerien könnten das nutzen, tun es aber bislang nicht. Politikwissenschaftler Gerd Mielke glaubt den Grund zu kennen:

O-Ton – Gerd Mielke:

Man muss natürlich sehen, dass diejenigen, die solche Transparenz erzeugen werden, erzeugen sollen, gleichzeitig diejenigen sind, die in dem bisherigen System sehr gut gefahren sind und ein bequemes Leben führen. D. h. also: Die Bürokraten oder die Lobbyisten oder die Parlamentarier sind ja keines Doctores, die von außen

kommen und sagen: Jetzt kurieren wir mal den Patienten von seiner Lobby-Krankheit, sondern sie sind ja selber Teil des Systems, das man verbessern will. Also es wird, glaube ich, nur passieren über bestimmte Themenfelder, die in der Öffentlichkeit so viel Erregung erzeugt haben, dass sich hier eine Welle des Protestes oder der Korrekturbereitschaft Bahn bricht.
